

Geschichte des ZeS in den Jahren 1996 - 2005

- 17 News

12.05.2005

Erfolgreiche Evaluation des ZeS

Wissenschaftlicher Beirat des Zentrums für Sozialpolitik tagte am 12. und 13. Mai 2005 in Bremen.

Das Gremium setzt sich aus ausgewiesenen Vertreterinnen und Vertretern der sozialpolitischen Forschung und Praxis zusammen:

- Prof. Dr. Richard Hauser (Universität Frankfurt)
- Prof. Dr. Adrienne Héritier (Max-Planck-Projektgruppe "Recht der Gemeinschaftsgüter", Bonn)
- Prof. Dr. Ellen Immergut (Humboldt-Universität zu Berlin)
- Prof. Dr. Franz-Xaver Kaufmann (Universität Bielefeld)
- Prof. Dr. Eckhard Knappe (Universität Trier)
- Dr. Arnold Knigge (Staatsrat, Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen)
- Prof. Dr. Barbara Riedmüller (Freie Universität Berlin)
- Prof. Dr. Franz Ruland (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger e.V.)

18.10.2004

Im Wintersemester 2004/05 nehmen die ersten Studierenden das Studium im Master Sozialpolitik auf



ZeS
Zentrum für
Sozialpolitik

**MASTERSTUDIENGANG
SOZIALPOLITIK**

→ bundesweit einzig!
... interdisziplinär
... forschungsorientiert

→ Politikwissenschaft
Soziologie
Wirtschaftswissenschaft
Rechtswissenschaft
Gesundheitswissenschaft

→ info@zes.uni-bremen.de

Universität Bremen | Zentrum für Sozialpolitik
Postfach 30 | 28205 Bremen
Phone +49 421 218 43 42 | Fax +49 421 218 43 40
www.zes.uni-bremen.de

 **Universität Bremen**

Mit der Trägerschaft für den Master Sozialpolitik hat das ZeS mit großem Engagement an der Profilbildung in der Lehre in den sozialwissenschaftlichen Studiengängen in der Universität Bremen mitgewirkt.

In diesem Studiengang bietet die Universität Bremen die Möglichkeit, das international anerkannte Forschungsprofil des Zentrums für Sozialpolitik für die Lehre zu nutzen. Der Master Sozialpolitikforschung ergänzt das Angebot der sozialwissenschaftlichen Studiengänge um einen wissenschaftsorientierten Masterstudiengang, der dem Forschungsprofil der sozialwissenschaftlichen Einrichtungen der Universität Bremen in besonderem Maße entspricht. Er schließt damit zugleich eine Lücke zwischen den in der Universität bereits vorhandenen BA-Programmen und einer anschließenden Doktorandenausbildung. Die bisher in der Forschung vorhandenen Schwerpunkte können somit zu einem integrierten Lehrangebot nach einem ersten

Studienabschluss bis zur Promotion weiter entwickelt werden.

In der Bundesrepublik Deutschland ist ein derartiger Masterstudiengang ohne Vorbild. Aufgrund der bereitstehenden Forschungsinfrastruktur besitzt die Universität Bremen die in Deutschland wohl günstigsten Voraussetzungen, einen international konkurrenzfähigen forschungsbezogenen Studiengang zur Sozialpolitikanalyse zu etablieren. Dazu trägt in erster Linie das Zentrum für Sozialpolitik mit seiner interdisziplinären Anlage und der Bearbeitung der ganzen Breite wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen wie auch der engen Verknüpfung von anwendungsbezogener und grundlagenorientierter Forschung bei.

Im Rahmen des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ befasst sich zudem eine große Anzahl von Forschungsprojekten mit der Untersuchung des Wandels der westlichen Wohlfahrtsstaaten. Die Verankerung in den Fachbereichen Sozialwissenschaften, Human- und Gesundheitswissenschaften und Wirtschaftswissenschaft sichert Unterstützung, ebenso die Kooperation mit dem rechtswissenschaftlichen Fachbereich, der den Studiengang mit einem arbeits- und sozialrechtlichen Lehrangebot versorgt. So kann der Studiengang sich insgesamt auf Angebote aus einem breiten Feld sozialwissenschaftlicher Disziplinen - Soziologie, Ökonomie, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Gesundheitswissenschaft, Arbeitswissenschaft u.a. - stützen.

Diese ausgebaute Forschungs- und Lehrinfrastruktur soll genutzt werden, um u.a. aufbauend auf den Bachelor-Studiengängen Politikwissenschaft und Soziologie einen auf Wohlfahrtsstaatsanalyse und Sozialpolitik spezialisierten forschungsbezogenen Masterstudiengang anzubieten. Der Masterstudiengang erfüllt damit zentrale Leitziele der Universität: Interdisziplinarität, hohe Qualität von Lehre und Forschung, Praxisbezug und gesellschaftliche Verantwortung sowie Internationalisierung von Lehre und Forschung.

Quelle: Tätigkeitsbericht 2002 - 2004, Zentrum für Sozialpolitik

15.01.2003

Start des Sonderforschungsbereichs "Staatlichkeit im Wandel"



Mit vier Projekten ist das Zentrum für Sozialpolitik am Sonderforschungsbereich beteiligt.

Im November 2002 hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) den Sonderforschungsbereich "Staatlichkeit im Wandel" (Sfb 597) bewilligt, an dem das ZeS mit drei Projekten und einem weiteren assoziierten Projekt beteiligt ist. Träger des Sonderforschungsbereichs sind neben der Universität auch die International University Bremen (IUB) und die Hochschule Bremen. Der Sfb hat seine Arbeit Anfang 2003 aufgenommen. Die Universität Bremen beherbergt damit dem ersten und einzigen politikwissenschaftlichen Sfb in Deutschland.

Der Sfb "Staatlichkeit im Wandel" richtet sein Augenmerk auf den modernen Nationalstaat westlicher Prägung, der einem grundlegenden Transformationsprozess zu unterliegen scheint. Obgleich ein solcher Wandel epochale Konsequenzen haben könnte, ist er bislang weder zureichend beschrieben noch in seinen Ursachen und Wirkungen hinreichend erforscht worden. Alle Projekte des Sfb durchzieht deshalb die Frage, ob moderne Staatlichkeit, wie sie sich in den Kernländern der OECD-Welt in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts herausgebildet hat, einem allgemein beobachtbaren, vielleicht sogar uniformen, Veränderungstrend unterliegt. Der Sfb ist interdisziplinär ausgerichtet, im Kern politikwissenschaftlich orientiert und kombiniert mit rechtswissenschaftlichen, soziologischen und wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen. Die Projektbereiche des Sfb orientieren sich an vier Dimensionen, der Ressourcen, der Rechts-, der Legitimations- und der Interventionsdimension, deren Zusammenspiel das Verständnis moderner Staatlichkeit beleuchtet.

Mitglieder des Zentrums für Sozialpolitik arbeiten in den Projektbereichen "Die Zukunft des demokratischen Nationalstaates" (B) und "Die Zukunft des Interventionsstaates" (C):

- Projekt B1: **Wandel demokratischer Legitimation durch Internationalisierung und Deparlamentarisierung**
Prof. Dr. Frank Nullmeier, Prof. Dr. Roland Lhotta
- Projekt C1: **Sozialpolitik in kleinen offenen Volkswirtschaften**
Prof. Dr. Stephan Leibfried, Dr. Herbert Obinger

- Projekt C3: **Wandel der Staatlichkeit im Gesundheitswesen von OECD-Ländern**
Dr. Heinz Rothgang, Prof. Dr. Winfried Schmähl, Prof. Dr. Rainer Müller
- Projekt X1: **Neue Governanceformen in der Arbeitsmarktpolitik? Eine vergleichende Studie zur Koordination von Arbeitsmarkt- und Familienpolitik in Deutschland, England und Dänemark**
Dr. Irene Dingeldey, Prof. Dr. Karin Gottschall

Quelle: ZeS report, 8. Jg., Nr. 1, April 2003, Editorial und S. 4-6

Download: [Die Ausgangskonstellation 2003](#), (Entnommen aus: Stephan Leibfried: Lichtspuren. Ein Photoalbum zu 40 Jahren Universität Bremen, S. 407; Grafik: Wolfgang Zimmermann)

15.10.2002

Neubesetzung der Abteilung "Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates"



Nach dem Weggang von Manfred G. Schmidt nach Heidelberg wurde die Abteilung zum Wintersemester 2002/03 mit Frank Nullmeier wieder besetzt.

Nach dem Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Soziologie und des Öffentlichen Rechts an der Universität Hamburg von 1975 bis 1981 mit dem Abschluss Diplom-Politologe arbeitete Frank Nullmeier als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Finanzwissenschaft der Universität Hamburg und an der Universität Hannover im

Forschungsprojekt "Die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung für den Arbeitsmarkt im demographischen, sozialen und ökonomischen Wandel".

Weitere Stationen im beruflichen Lebenslauf von Frank Nullmeier sind:

- 1990: Promotion zum Dr.rer.pol. mit der Arbeit "Von Max Weber zu Konzepten einer Wissens- und Intelligenzpolitik".
- 1990 bis 1997: Hochschulassistent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg.
- 1998: Habilitation mit der Arbeit "Zwischen Neid und sozialer Wertschätzung. Zu einer politischen Theorie des Sozialstaats".
- 1997 bis 2000: Wissenschaftliche Leitung und Geschäftsführung des von der VolkswagenStiftung geförderten Projektes "Universitätsentwicklung zur Modernisierung der Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen" der Universität Hamburg.
- Sommersemester 2000: Vertretung des Lehrstuhls für Sozialpolitik (Prof. Alber) an der Universität Konstanz.
- 2000 bis 2002: Professor für Politikwissenschaft an der Universität Essen.
- Seit Oktober 2002: Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen und Leiter der Abteilung "Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates" des Zentrums für Sozialpolitik.
- Seit Januar 2003: Mitglied des Sonderforschungsbereichs "Staatlichkeit im Wandel" (Sfb 597).

Seine Forschungsschwerpunkte sind Sozialstaatstheorie, Sozial-, insbesondere Alterssicherungspolitik sowie Policy-Forschung, Verwaltungswissenschaft, politische Theorie und Parteienforschung.

Quelle: Tätigkeitsbericht 2002 - 2004, Zentrum für Sozialpolitik

16.05.2002

Erfolgreiche Evaluation des ZeS

Wissenschaftlicher Beirat des Zentrums für Sozialpolitik tagte am 16. und 17. Mai in Bremen.

Im Mai 2002 hat der Beirat des Zentrums für Sozialpolitik (ZeS) der Universität Bremen zum vierten Mal die Arbeit des ZeS begutachtet. Er hat dem ZeS bestätigt, dass es "wesentliche und zukunftsweisende Felder internationaler Sozialpolitikforschung abdeckt und damit nachhaltig zur differenzierten Vertiefung der wissenschaftlichen und praktischen Diskurse über Sozialpolitik nicht nur in Deutschland beiträgt." Dies gelte in besonderem Maße auch für die Region Bremen und das Wirken in der Universität, in der das ZeS als (Mit-)Initiator zahlreicher Aktivitäten in Forschung und Lehre tätig sei, etwa in der laufenden Sfb-Initiative "Staatlichkeit".

Der Beirat zeigt sich beeindruckt von der Vielzahl der Veröffentlichungen in renommierten nationalen und internationalen, vor allem englischsprachigen Zeitschriften und Verlagen. Nicht zuletzt wies er auf das beachtliche Drittmittelvolumen von jährlich durchschnittlich 2,5 Millionen Euro von 1999 bis 2001 hin. Der Beirat ist davon überzeugt, dass das Zentrum für Sozialpolitik "auch weiterhin seine Stellung als führendes Institut in der internationalen Sozialpolitikforschung, und als unverzichtbarer Ansprechpartner im Prozess sozialpolitischer Entscheidungsfindung halten und noch weiter ausbauen wird und damit beachtliche positive Wirkungen für den (Wissenschaft-)Standort Bremen hat."

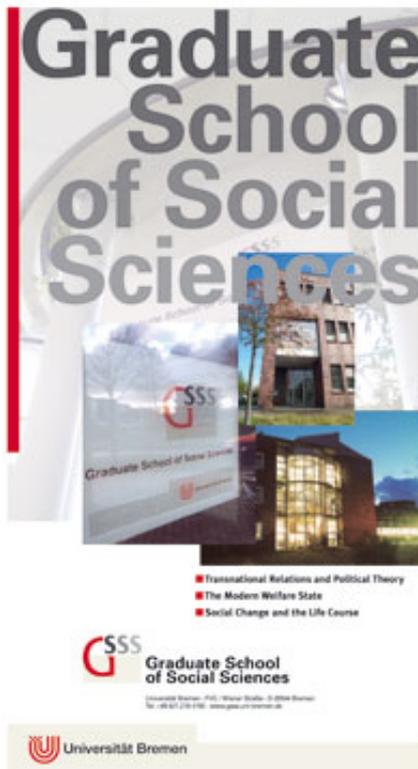
Quelle: [Bremer Uni-Schlüssel \(BUS\), Nr. 70, November 2002, S. 7](#)

Das Gremium setzt sich aus ausgewiesenen Vertreterinnen und Vertretern der sozialpolitischen Forschung und Praxis zusammen:

- Prof. Dr. Jos Berghman (Social Policy Department of Sociology, Leuven, Niederlande)
- Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke (Technische Universität Berlin)
- Prof. Dr. Adrienne Héritier (Max-Planck-Projektgruppe "Recht der Gemeinschaftsgüter", Bonn)
- Prof. Dr. Franz-Xaver Kaufmann (Universität Bielefeld)
- Dr. Arnold Knigge (Staatsrat, Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen)
- Prof. Dr. Bernd Baron von Maydell (Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, München)
- Prof. Dr. Rainer Münz (Humboldt-Universität Berlin)
- Prof. Dr. Barbara Riedmüller (Freie Universität Berlin)
- Prof. Dr. Franz Ruland (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger e.V.)
- Dr. Werner Tegtmeier

01.01.2002

Gründung der ersten sozialwissenschaftlichen Graduiertenschule Deutschlands



Gefördert von der VolkswagenStiftung und der Universität Bremen hat die Graduate School of Social Sciences (GSSS) 2002/03 als erste internationale sozialwissenschaftliche Graduiertenschule in der Bundesrepublik ihre Arbeit aufgenommen.

Die Idee einer Graduiertenschule entstand im auslaufenden Sonderforschungsbereich 186 „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“. Die GSSS ist eine Einrichtung für eine forschungsorientierte und strukturierte Doktorandenausbildung, zum Teil orientiert am Muster angloamerikanischer Nachwuchsförderung. Träger der GSSS sind neben dem Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) das Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) und das Institut für Empirische und Angewandte Soziologie (EMPAS), beides politik- bzw. sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute im Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Bremen.

Die drei Themenfelder der GSSS sind:

- International Relations and Political Theory;
- Welfare State Transformation;

- Life Course, Population Dynamics and Social Change.

Das Zentrum für Sozialpolitik ist inhaltlich in die GSSS über den Schwerpunkt "Der moderne Wohlfahrtsstaat" eingebunden. Forscherinnen und Forscher des ZeS beteiligen sich als Betreuerinnen und Betreuer an zahlreichen Promotionen und am Curriculum der GSSS. Darüber hinaus steht umgekehrt Doktorandinnen und Doktoranden in Forschungsprojekten des ZeS zum sozialpolitischen Teilcurriculum der GSSS offen. Weiter bringt das ZeS gewachsene Kooperationsbeziehungen mit internationalen Partnern in die GSSS ein. Eine besondere Verantwortung des Zentrums für Sozialpolitik kommt auch darin zum Ausdruck, dass Karin Gottschall seit 2003 die Leitung der GSSS als Direktorin übernommen hat. Mit diesen Aktivitäten in der Nachwuchsförderung trägt das ZeS wesentlich zur weiteren forschungsorientierten Profilbildung wie auch zur strukturellen Reform der Sozialwissenschaften an der Universität Bremen bei.

Quelle: Tätigkeitsbericht 2002 - 2004, Zentrum für Sozialpolitik

15.10.2001

Zertifikatsstudium Sozialpolitik

Die wissenschaftliche Kompetenz des ZeS wird mit dem interdisziplinär orientierten Zertifikatsstudium Sozialpolitik gezielt für die Lehre erschlossen.

Sozialpolitik ist in der Universität Bremen mit dem Zentrum für Sozialpolitik einschlägig in der Forschung ausgewiesen. Diese gebündelte wissenschaftliche Kompetenz wird mit dem Zertifikatsstudium Sozialpolitik jetzt auch gezielt für die Lehre, hauptsächlich im Veranstaltungsangebot des Fachbereichs 8, erschlossen.

Studierende im Hauptstudium der Fächer Soziologie, Politik, Sozialarbeitswissenschaft, Pflegewissenschaft (mit dem Zweitfach Soziologie) und Wirtschaftswissenschaft haben die Möglichkeit, zusätzlich zu ihrem regulären Studienabschluss ein Zertifikat in Sozialpolitik zu erwerben. Das Zertifikatsstudium eröffnet damit zusätzliche Chancen in sozialwissenschaftlichen Berufsfeldern, z. B. Verbänden, staatlichen Institutionen, Selbstverwaltungskörperschaften und Parteien.

Das viersemestrige Studienmodul umfasst die Studiengebiete:

- Theorien des Wohlfahrtsstaates,

- ökonomische Grundlagen der Sozialpolitik,
- Grundlagen des Sozialrechts,
- der deutsche Sozialstaat,
- europäische und internationale Sozialpolitik sowie
- vergleichende Sozialpolitikforschung.

Quelle: ZeS report, 6. Jg., Nr. 2, November 2001, S. 28

31.03.2001

Manfred G. Schmidt verlässt das ZeS



Prof. Dr. Manfred G. Schmidt (Quelle: Lichtspuren)

Professor Manfred G. Schmidt, einer der renommiertesten deutschen Politikwissenschaftler und Gewinner des Leibniz-Preises der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1995, verlässt das Zentrum für Sozialpolitik bzw. die Bremer Universität.

Manfred G. Schmidt lehrte im Fachbereich Sozialwissenschaften Politik und politisches System der BRD unter Berücksichtigung der Staatstheorie und der Theorie des Wohlfahrtsstaates. Künftiger Arbeitgeber ist wieder die Universität Heidelberg, an der Schmidt bereits von 1987 bis 1997 gelehrt hatte. Schmidt, der im Zentrum für Sozialpolitik die Abteilung "Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates" leitete, war seit 1.10.1997 an der Universität Bremen tätig.

Quelle: Bremer Uni-Schlüssel (BUS), Nr. 62, Februar 2001, S. 23 und Nr. 63, April 2001, S. 27

28.10.1999

10 Jahre Zentrum für Sozialpolitik



Vlinare: Willi Lemke, Prof. Dr. Hans F. Zacher, Prof. Dr. Rainer Müller (© Harald Rehling)

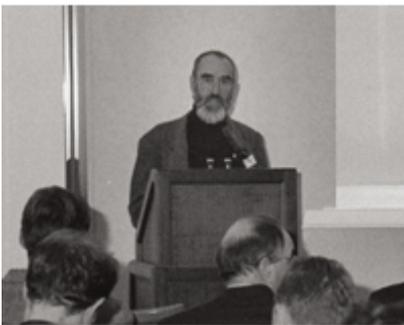
Das ZeS feiert mit einer Tagung zur "Sozialpolitik in Deutschland" im Haus Schütting.

Die Tagung "Sozialpolitik in Deutschland" will Stärken und Schwächen des deutschen Sozialstaats bilanzieren und Perspektiven zukünftiger Sozialpolitik erkunden.

Welches ist der soziale, ökonomische und politische Nutzen der Sozialpolitik und welches sind ihre gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Kosten? Wie reformfähig ist Deutschlands Sozialstaat? Ist er dafür gerüstet, anstehende Herausforderungen zu bewältigen: die demographische Entwicklung, Änderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung und der Familienstrukturen, Arbeitslosigkeit, die Folgen der deutschen Einheit, die europäische Integration sowie den verschärften internationalen Wettbewerb? Oder wird der Sozialstaat von diesen Herausforderungen überfordert?

Mit der Tagung "Sozialpolitik in Deutschland", die das Zentrum für Sozialpolitik anlässlich seines zehnjährigen Bestehens durchführt, möchte es der Debatte um die Entwicklung der Sozialpolitik neue Impulse geben und Grundlagen für eine Bilanzierung wie für die Entwicklung weiterer Perspektiven bereitstellen.

Programm der Tagung



Donnerstag, 28.10.1999

14.00 Uhr

Begrüßung

Prof. Dr. Rainer Müller, Sprecher des Zentrums für Sozialpolitik**Prof. Dr. Wilfried Müller**, Konrektor, Universität Bremen**Dr. Henning Scherf**, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen**Senatorin für Frauen, Jugend, Gesundheit, Arbeit und Soziales**, Bremen

14.30 Uhr

Prof. Dr. Hans F. Zacher, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales
Sozialrecht, München**Der deutsche Sozialstaat am Ende des Jahrhunderts**

15.30 Uhr

Pause

16.00 Uhr

Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, Zentrum für Sozialpolitik**Sozialpolitische Reformen in Deutschland: Lehren des historischen und internationalen
Vergleichs**Korreferent: **Prof. Dr. Claus Offe**, Humboldt-Universität zu Berlin**Aussprache**

17.00 Uhr

Dr. Bernard Braun, Zentrum für Sozialpolitik**Gesundheitsreform. Eine Bilanz über drei Jahrzehnte**Korreferent: **Prof. Dr. Jürgen Wasem**, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald**Aussprache**

Rathaus zu Bremen

19.00 Uhr

Empfang durch den **Senator für Bildung und Wissenschaft**, Bremen**Freitag, 29.10.1999**

09.00 Uhr

Prof. Dr. Winfried Schmähel, Zentrum für Sozialpolitik**Alterssicherung in Deutschland: Weichenstellungen für die Zukunft**Korreferent: Prof. Dr. Hermann Remsperger, Mitglied des Direktoriums der Deutschen
Bundesbank**Aussprache**

10.30 Uhr

Pause

11.00 Uhr

Prof. Dr. Hans Werner Sinn, Universität München

Die europäische Integration und die Zukunft des Wohlfahrtsstaates

Korreferentin: **Prof. Dr. Ilona Ostner**, Georg-August-Universität Göttingen

Aussprache

12.30 Uhr

Mittagspause

14.00 Uhr

Walter Riester, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit

Aussprache

16.00 Uhr

Abschluß

Quelle: Programm zur Tagung "Sozialpolitik in Deutschland" am 28./29. Oktober 1999, Haus Schütting, Bremen

Die Vorträge der Tagung sind erschienen in: Leibfried, Stephan; Wagschal, Uwe (Hg.), 2000: Der deutsche Sozialstaat. Bilanzen - Reformen - Perspektiven, Schriften des Zentrums für Sozialpolitik/10, Frankfurt/M. Campus

01.10.1999

Honorarprofessur für Gerd Glaeske



Prof. Dr. Gerd Glaeske

Gerd Glaeske wurde im Oktober 1999 im Zentrum für Sozialpolitik die Honorarprofessur der Universität Bremen verliehen.

Gerd Glaeske war Leiter der Abteilung für medizinisch-wissenschaftliche Grundsatzfragen der BARMER-Hauptverwaltung in Wuppertal. Er ist als kritischer Begleiter des Arzneimittelmarktes und der Arzneimittelversorgung und als gesundheitspolitischer Experte bekannt geworden. Seine Bewertungen von Arzneimitteln und der Qualität der medizinischen Versorgung wurden vielfach veröffentlicht. Gerd Glaeske war ein wichtiger Ansprechpartner für die gesetzliche Krankenversicherung, der sich für den Schutz und die Information von Patienten eingesetzt hat.

An der Universität Bremen wird sich Glaeske vor allem mit der Arzneimittelversorgung befassen. Dafür stehen ihm Daten der Gmünder Ersatzkasse (GEK) zur Verfügung, die im Rahmen eines Kooperationsprojektes mit der Universität Bremen genutzt werden können. Diese Arbeit wird er in der neugegründeten Forschungseinheit Gesundheitspolitik und Evaluation der medizinischen Versorgung im Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen durchführen.

Quelle: Bremer Uni-Schlüssel (BUS), Nr. 57, Februar 2000, S. 30

01.07.1999

Besetzung der Abteilung "Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat"



Prof. Dr. Karin Gottschall

Karin Gottschall übernimmt die Leitung der Abteilung "Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat".

Zum 1. Juli 1999 wurde nach einer Vakanz seit 1994 die Leitung der Abteilung "Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat" wieder besetzt. Mit der Berufung von Professor Karin Gottschall wurden die Möglichkeiten verbessert, Analysen von Sozialstaatreformen im Kontext von Arbeitsmarkt und Erwerbssystem durchzuführen.

Quelle: Tätigkeitsbericht 1999 - 2001, Zentrum für Sozialpolitik, Auszug aus dem Vorwort

29.04.1999

Erfolgreiche Evaluation des ZeS

Wissenschaftlicher Beirat des Zentrums für Sozialpolitik tagte am 29. und 30. April in Bremen.

Das Gremium setzt sich aus ausgewiesenen Vertreterinnen und Vertretern der sozialpolitischen Forschung und Praxis zusammen:

- Prof. Dr. Jos Berghman (Social Policy Department of Sociology, Leuven, Niederlande)
- Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke (Technische Universität Berlin)
- Dr. Hans-Christoph Hoppensack (Staatsrat, Senator für Frauen, Gesundheit, Soziales)

- und Umweltschutz, Bremen)
- Prof. Dr. Franz-Xaver Kaufmann (Universität Bielefeld)
 - Prof. Dr. Bernd Baron von Maydell (Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, München)
 - Prof. Dr. Rainer Münz (Humboldt-Universität Berlin)
 - Prof. Dr. B. Anita Pfaff (Internationales Institut für empirische Sozialökonomie, Stadtbergen)
 - Staatssekretär Dr. Werner Tegtmeier (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn)

01.08.1998

Thesen zur Sozialpolitik in Deutschland



Manfred G. Schmidt stiftet das ZeS zu einer gemeinsamen Stellungnahme an, zunächst als Arbeitspapier, dann in der Zeitschrift für Sozialreform.

Die staatliche Sozialpolitik ist mittlerweile Gegenstand eines heftigen Streits in Politik und Wissenschaft und damit auch in der breiten Öffentlichkeit. Strittig sind vor allem das Maß der Sozialpolitik, die Ausgestaltung von Leistungen und ihrer Finanzierung sowie die Arbeitsteilung zwischen privater, betrieblicher, verbandlicher und öffentlicher sozialer Sicherung. Mit besonderer Schärfe wird dieser Streit in Ländern ausgetragen, in denen ein ausgebauter

Sozialstaat herangewachsen ist, so auch in der Bundesrepublik Deutschland. In dieser Debatte hat die Sozialpolitik eine schlechte Presse - wenn man auf den Hauptstrom der veröffentlichten Meinung abstellt. Die Sozialpolitik gilt hauptsächlich als Last, als Bürde für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie wird als Problemerzeuger, nicht als Problemlöser gesehen.

Die deutsche Diskussion über die Sozialpolitik bedarf der Balancierung. (...) In den Thesen des Zentrums für Sozialpolitik werden erstens - im Unterschied zum Hauptstrom der Debatte - nicht nur die Schwächen der Sozialpolitik zur Sprache gebracht, sondern es werden auch ihre Stärken betont. Hierbei wird - zweitens und ebenfalls im Unterschied zur vorherrschenden Sichtweise - die Sozialpolitik auch unter Würdigung der historisch und der international vergleichenden Sozialpolitikforschung erörtert. Und drittens wird - wiederum in Abgrenzung zum Hauptstrom der bisherigen Aussprache - mit den Thesen des Zentrums für Sozialpolitik danach gestrebt, die Sozialpolitikdebatte unter Würdigung der vielfältigen Verflechtung der Sozialpolitik mit der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu führen.

Quelle: Schmidt, Manfred G. (1998): Thesen zur Sozialpolitik in Deutschland, Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 44, Heft 8, S. 525-569

01.10.1997

Neubesetzung der Abteilung "Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates"



Prof. Dr. Manfred G. Schmidt (Quelle: Lichtspuren)

Manfred G. Schmidt übernimmt die Leitung der Abteilung "Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates" von 1997 bis 2001.

Die wissenschaftliche Leitung der Abteilung "Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates" wurde zum 1. Oktober 1997 Professor Manfred G. Schmidt (zuvor Universität Heidelberg)

übertragen. Die Forschung in dieser Abteilung, die zu einem beträchtlichen Teil aus Mitteln des Leibniz-Preises der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1995 finanziert wird, erkundet vor allem die politischen Rahmenbedingungen, den Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß, die Determinanten und die Ergebnisse sozialstaatlicher Politik in Deutschland im Vergleich mit anderen wirtschaftlich fortgeschrittenen Demokratien.

Quelle: Tätigkeitsbericht 1996 -1998, Zentrum für Sozialpolitik, Auszug aus dem Vorwort

27.07.1996

Den Sozialstaat im Visier

Überregionale Anerkennung für das Zentrum für Sozialpolitik.

Am 27. Juli 1996 schrieb der Weser Kurier: "Das Uni-Zentrum für Sozialpolitik erfreut sich überregionaler Anerkennung. Kein Tag, an dem der Sozialstaat nicht im Gerede ist:

- Sind die Renten nun sicher oder nicht?
- Wie geht es weiter mit Pflege- und Krankenversicherung, Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe?

Kompetente und zugleich komplizierte Antworten auf die alle Bürger der Republik betreffenden Fragen gib seit 1988 ein Institut der Bremer Universität, das Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) am Barkhof."

Quelle: [Den Sozialstaat im Visier - Das Uni-Zentrum für Sozialpolitik erfreut sich überregionaler Anerkennung](#), in: Weser Kurier, 27. Juli 1996, Nr. 148, S. 21

29.05.1996

Erfolgreiche Evaluation des ZeS

Wissenschaftlicher Beirat des Zentrums für Sozialpolitik tagte vom 29. bis 31. Mai in Bremen.

Das Gremium setzt sich aus ausgewiesenen Vertreterinnen und Vertretern der sozialpolitischen Forschung und Praxis zusammen:

- Prof. Dr. Jos Berghman (Department of Social Security, Tilburg University, Niederlande)
- Ulf Fink (MdB, Bonn)
- Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke (Universität Hannover)
- Dr. Hans-Christoph Hoppensack (Staatsrat, Senator für Frauen, Gesundheit, Soziales und Umweltschutz, Bremen)
- Prof. Dr. Franz-Xaver Kaufmann (Universität Bielefeld)
- Prof. Dr. Bernd Baron von Maydell (Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, München)
- Prof. Dr. Rainer Münz (Humboldt-Universität Berlin)
- Prof. Dr. B. Anita Pfaff (Internationales Institut für empirische Sozialökonomie, Stadtbergen)
- Dr. Werner Tegtmeier (Staatssekretär, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn)

15.04.1996

Erster ZeS report erscheint



Mit der Herausgabe des ZeS report möchte das Zentrum für Sozialpolitik einen Einblick in die

laufende Arbeit geben.

Neben Berichten über laufende, abgeschlossene oder neu begonnene Forschungsprojekte finden Sie Berichte über Tagungen, die das ZeS durchgeführt hat, bzw. die am ZeS stattgefunden haben, Hinweise auf Neuerscheinungen u.a. in der Arbeitspapierreihe des ZeS sowie über Buchveröffentlichungen von Mitgliedern des Zentrums für Sozialpolitik. Auch "Personalien" sollen berichtet werden: Informationen über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Promotionen, Förderungen, Auszeichnungen u.ä. - sollen ebenso erwähnt werden wie Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler, die eine Zeitlang am Zentrum für Sozialpolitik arbeiten.

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Sabine Horstmann:
Die Umgestaltung der Alterssicherung im Transformationsprozeß ost- und mitteleuropäischer Staaten
- Stefan Sandbrink:
Die Beschäftigung von osteuropäischen Werkvertrags-Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland
- Heinz Rothgang, Stephan Pabst:
Die gesetzliche Absicherung des Pflegefallrisikos - Eine Untersuchung der Konsensbildungsprozesse und Wirkungen einer Pflegeversicherung
- Herbert Jacobs:
Sozialhilfe und Arbeit: Zwischen 'Standortdiskussion' und Regionalisierung - Nationale politische Thematisierung von Sozial(hilfe-)politik in Deutschland und den USA
- Wolfgang Hien:
Präventive Arbeitsgestaltung beim Einsatz neuer Fügetechniken am Beispiel Gefahrstoffe und Gesundheit beim Kleben in Klein- und Mittelunternehmen (KMU)
- Winfried Schmähl:
Aufgaben und Probleme betrieblicher Sozialpolitik im strukturellen Wandel

Quelle: ZeS report, 1. Jg., Nr. 1, April 1996, Editorial

